

Thomas Niehr, RWTH Aachen University, Germany

DOI:10.17951/lsmll.2021.45.1.75-85

## Politischer Sprachgebrauch

### Political Language Use

#### ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Artikel werden Besonderheiten der politischen Kommunikation vorgestellt. In der Forschung ist man sich einig, dass politische Sprache keine Fachsprache oder Varietät im traditionellen Sinne ist. Dennoch hat es Versuche gegeben, Merkmale des politischen Sprachgebrauchs genauer zu definieren. Solche Versuche stammen aus dem linguistischen Teilgebiet der „Politolinguistik“, dessen Geschichte kurz beschrieben wird, um die methodischen Fortschritte dieser Disziplin zu skizzieren. Schließlich gibt der Beitrag einen Überblick über wichtige Forschungsergebnisse der Politolinguistik und über Diskurse, die für die Kommunikationsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland von langfristiger Bedeutung sind und waren.

Schlüsselwörter: politische Kommunikation, demokratische Öffentlichkeit, Sprachstrategien, deskriptive Linguistik, Diskursanalyse, Sprachkritik

#### ABSTRACT

In this article, special features of political communication are presented. Researchers agree that political language is not a technical language or variety in the traditional sense. Nevertheless, there have been attempts to define the characteristics of political language use more precisely. Such attempts originate from the linguistic subfield of politolinguistics, whose history is briefly described in order to outline the methodological advances of this discipline. Finally, the article provides an overview of important research results in politolinguistics and of discourses that are and have been of long-term importance for the history of communication in the Federal Republic of Germany.

Keywords: political communication, democratic public, language strategies, descriptive linguistics, discourse analysis, language criticism

### 1. Einleitung

Politische Kommunikation ist eines jener Forschungsgebiete, mit denen sich die Linguistik beschäftigt, die aber gleichzeitig auch auf großes Interesse in der Öffentlichkeit stoßen. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass wir alle von politischen Maßnahmen und Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Dies gilt unabhängig von den unterschiedlichen herrschenden politischen Systemen. Möglicherweise ist dadurch auch der Reflex zu erklären, politische Sprache mit

---

Thomas Niehr, Institut für Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Eilfschornsteinstr. 15, 52062 Aachen, t.niehr@isk.rwth-aachen.de, <https://orcid.org/0000-0001-6704-9464>

der Sprache jener Gruppe gleichzusetzen, die (mehr oder minder öffentlich) über die politische Ausgestaltung des Gemeinwesens streitet und schließlich über konkrete Maßnahmen befindet – die der Politiker\*innen.

Die folgenden Ausführungen sollen dazu dienen, ein erweitertes Verständnis von politischer Kommunikation zu fördern. Ein solch erweitertes Verständnis ist die Konsequenz aus einer handhabbaren Definition dessen, was als politisch verstanden werden soll. Dabei wird es darum gehen, *Politik* bzw. das Attribut *politisch* so zu dimensionieren, dass eine Abgrenzung überhaupt möglich wird. Demzufolge führen weder Wörterbuchdefinitionen von *politisch* („die Politik betreffend“, „auf ein Ziel gerichtet, klug u. berechnend“, *Duden*, 2019, S. 1384) noch Entgrenzungsbestrebungen („auch das Private ist politisch“) in dieser Frage weiter.

Weiterhin soll in diesem Beitrag die Geschichte derjenigen Teildisziplin der Linguistik, die sich mit der Erforschung politischer Kommunikation beschäftigt, skizziert werden, um abschließend einen kurzen Ausblick auf thematische Entwicklungen der politischen Kommunikation zu geben.

## 2. Abgrenzungen

In der neueren Linguistik herrscht Einigkeit darüber, dass politische Sprache sich nicht umstandslos als Fachsprache oder Varietät klassifizieren lässt. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass politische Sprache andere Funktionen als Fachsprachen zu erfüllen hat (vgl. Roelcke im vorliegenden Band). Während Fachsprachen auf „Exaktheit und Präzision, Ökonomie und leichte Handhabbarkeit“ (Fluck, 1996, S. 35) abzielen, ist politische Sprache zu weiten Teilen werbende Sprache mit appellativem Charakter. Dieser zentrale Charakter der politischen Sprache aber verträgt sich nicht mit einer Eigenschaft präziser Fachsprachen – ihrer Schwer- bzw. Unverständlichkeit für die jeweiligen Laien im entsprechenden Fachgebiet und somit faktisch für weite Bevölkerungskreise:

Kommunikationsstörungen ergeben sich [...] immer dann, wenn Fachsprachen in die gesamtgesellschaftliche Diskussion einfließen, ihr Wissen aber nicht allgemein vermitteln. Sie verhindern dadurch die Auseinandersetzung mit Laien und werden somit zur elitären, demokratiefeindlichen Herrschaftssprache. [...] Die Problematik einer Fachsprache als Barriere rückt also dann in das öffentliche Interesse, wenn die Fachsprache das Leben der Allgemeinheit tangiert (Fluck, 1996, S. 39).

Da politische Sprache bzw. Politik grundsätzlich die Belange der Allgemeinheit tangiert, darf sie sich keinesfalls dem Vorwurf aussetzen, schwer verständlich zu sein. Denn damit würde das zentrale demokratische Prinzip unterlaufen, nach dem das Volk der souveräne Träger der Staatsgewalt ist. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich insbesondere ein Definitionsvorschlag durch große Plausibilität aus, der Politik als „die Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereit-

schaften zu erzeugen“ (Lübbe, 1975, S. 107), ansieht. Zustimmungsbereitschaften allerdings lassen sich nicht durch eine Expertensprache erzeugen, die nur ausgewählten Bevölkerungskreisen (und damit einer eingeschränkten Öffentlichkeit, die diesen Namen kaum verdiente<sup>1</sup>) verständlich ist. Somit bleibt zu konstatieren, dass politische Sprache keine Fachsprache ist, die etwa durch ein spezielles Vokabular identifizierbar ist<sup>2</sup>.

Ungeachtet dessen sind Versuche unternommen worden, das Vokabular politischer Sprache zu klassifizieren. Dabei hat sich ein Vorschlag von Dieckmann als konsensfähig erwiesen. Dieckmann (2005, S. 16–21) teilt das politische Vokabular in folgende Klassen ein: 1) Institutionsvokabular; 2) Ressortvokabular; 3) Ideologievokabular; 4) Allgemeines Interaktionsvokabular<sup>3</sup>.

Das Institutionsvokabular (1) umfasst neben Bezeichnungen für die Staats- und Regierungsformen (*parlamentarische Demokratie, Erbmonarchie, Wahlmonarchie, ...*), Bezeichnungen für Normtexte (*Verfassung, Grundgesetz, Parteiprogramm, ...*), für Institutionen (*Parlament, Ältestenrat, Innenausschuss, ...*), politische Ämter (*König(in), Bundespräsident(in), Fraktionsvorsitzende(r), ...*), Praktiken politischen Handelns (*Abstimmung, Wahl, Rücktritt, ...*) und politisch regulierte Sachbereiche (*Außenpolitik, Kulturpolitik, Zuwanderungspolitik, ...*).

Das Ressortvokabular (2) dient vorwiegend der Fachkommunikation innerhalb der verschiedenen politischen Ressorts. Es handelt sich in erster Linie um einen Fachwortschatz, der von den jeweiligen Expert\*innen der verschiedenen Politikfelder verwendet und verstanden wird. Hier ist ein hoher Anteil von wissenschaftlicher Terminologie zu veranschlagen, deren Verständnis weder bei der Bevölkerung noch bei nicht mit den jeweiligen Gebieten befassten Politiker\*innen vorausgesetzt werden kann. Es kommt allerdings zu Überschneidungen mit dem Ideologievokabular, wenn aus den verschiedenen Ressorts heraus bestimmte Ausdrücke zum Zwecke der öffentlichen Begründung oder Rechtfertigung politischer Maßnahmen geprägt werden (*Abwrackprämie, Bürgerversicherung, Reichensteuer, ...*).

Als für die öffentliche politische Kommunikation bzw. den politischen Wortschatz typisch wird das Ideologievokabular (3) angesehen. Es ist zentral für die perspektivische Darstellung der zur politischen Entscheidung oder Bewertung anstehenden Problemverhalte. Gekennzeichnet ist es v.a. durch seine Ideologiegebundenheit sowie durch sein evaluatives und deontisches Potenzial.

Die Ideologiegebundenheit dieses Vokabulars führt zu Bezeichnungs- und Bedeutungskonkurrenzen. Ideologiegebundene Ausdrücke werden häufig in unterschiedlichen Meinungsgruppen mit abweichender Bedeutung verwendet

<sup>1</sup> Vgl. dazu schon Habermas (1990, S. 156).

<sup>2</sup> Zu den Schwierigkeiten der Abgrenzung politischer Sprache und ihrer varietätenlinguistischen Einordnung vgl. ausführlicher Eging (2017).

<sup>3</sup> Die folgende Darstellung der politischen Lexik ist Niehr (2018) entnommen.

und verstanden (*Chancengleichheit, Leitkultur, Nachhaltigkeit, ...*). Neben dieser Bedeutungskonkurrenz ist ebenfalls Bezeichnungskonkurrenz zu beobachten, d. h., dass unterschiedliche Meinungsgruppen verschiedene Ausdrücke für die gleichen außersprachlichen Sach- bzw. Problemverhalte wählen (*Annexion/Beitritt, Krieg/Kampfeinsatz, Flüchtlingsbewegung/Flüchtlingslawine, ...*). Derartige Ausdrücke sind besonders gut dazu geeignet, mit der Bezeichnungsfunktion gleichzeitig eine Bewertungsfunktion zu übernehmen: So lässt sich beispielsweise aus der Wahl der Vokabel *Annexion* vs. *Beitritt* klar ablesen, wie die das jeweilige Wort verwendenden Personen das Geschehen im Hinblick auf das Völkerrecht bewerten. Deontisch aufgeladene Begriffe enthalten eine Handlungsanweisung an die Rezipienten<sup>4</sup>. Ein typisches Beispiel aus der politischen Kommunikation sind Hochwertwörter wie *Demokratie, Freiheit* oder *Solidarität*, in deren Bedeutung enthalten ist, dass wir die mit ihnen bezeichneten Dinge, Sachverhalte, Werte etc. schaffen, erhalten bzw. schützen sollen.

Umstritten ist die Kategorie des Allgemeinen Interaktionsvokabulars (4). Sie umfasst Ausdrücke der politischen Kommunikation, die sich nicht den vorher beschriebenen Kategorien zuordnen lassen. Ob man allerdings für Ausdrücke wie *Aufschwung, dementieren* oder *Krise*, die in politischen Texten besonders häufig vorkommen, eine eigene Kategorie aufmachen oder diese Ausdrücke dem Bildungswortschatz zuordnen sollte, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden.

Die Schwierigkeiten bei der Bestimmung politischer Sprache fangen jedoch nicht erst dort an, wo versucht werden soll, sie als Varietät oder Fachsprache zu charakterisieren, sondern bei der Bestimmung dessen, was als politisch zu klassifizieren sei. Denn je nach Art der Bestimmung ergibt sich ein ganz anderer Zuschnitt dessen, was als *politische* Sprache anzusehen ist. An dieser Stelle sei auf einen Vorschlag Dieckmanns verwiesen, der den Vorteil hat, einerseits eine ‚schlanke‘ Beschreibung zu liefern, andererseits das Themenfeld nicht vorab durch eine zu enge Kategorisierung einzuschränken. In Anlehnung an eine Politik-Definition aus einem Brockhaus-Lexikon, nach der Politik definiert wird als „auf die Durchsetzung bestimmter Ziele insbes. im staatlichen Bereich und auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtetes Verhalten von Individuen, Gruppen, Organisationen, Parteien, Klassen, Parlamenten und Regierung“ (Brockhaus-Lexikon, 1999; zit. nach Dieckmann, 2005, S. 12), hebt Dieckmann die dort fokussierte staatliche Organisationsform des Politischen hervor. Er definiert „staatliches oder auf den Staat bezogenes Handeln [...] von Individuen und Gruppen“ (S. 13) als politisches Handeln. Geht man weiterhin davon aus, dass politisches Handeln immer auch sprachliches Handeln ist, so lässt

<sup>4</sup> Das Konzept der deontischen Bedeutung hat Hermanns (1989) in die Linguistik eingeführt und fruchtbar gemacht. Die deontische Bedeutung von Wörtern oder Wendungen besagt, „daß wir, in bezug auf einen Gegenstand, etwas nicht dürfen, dürfen oder sollen“ (S. 74).

sich folglich Politik auch als „staatliches oder auf den Staat bezogenes Reden“ definieren (Dieckmann, 1975, S. 29). Mit einer solchen Definition lässt sich politische Sprache nicht auf die Sprache von Politiker\*innen reduzieren. Denn unter Reden, das auf den Staat bezogen ist, fallen zahlreiche weitere sprachliche Produkte: genannt seien hier exemplarisch Kommentare in den Massenmedien, Talkshow-Beiträge oder Social-Media-Beiträge und Wahlprogramme. Folgt man dieser weiten Auffassung von politischer Kommunikation, so ergibt sich ein weites Spektrum von (mündlichen und schriftlichen) Texten, die unter die Kategorie politische Sprache subsumiert werden können. Dieses Spektrum hat Burkhardt (1996, S. 81) wie folgt dargestellt:

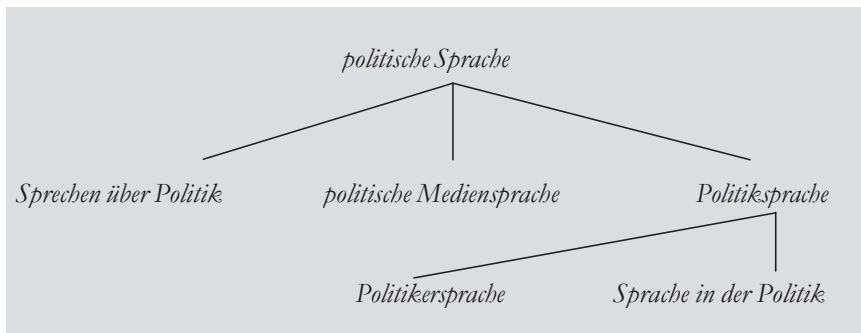


Abbildung 1: Politischer Sprachgebrauch (nach Burkhardt 1996)

Die sprachlichen Handlungen von Politiker\*innen erweisen sich in dieser Darstellung als ein (zweifelsohne wichtiges) Teilgebiet politischer Sprache, die weitere abgrenzbare Teilbereiche umfasst.

### 3. Kurze Geschichte der Erforschung politischer Sprache

Ein verstärktes Interesse an der Erforschung politischer Sprache wuchs in Deutschland in der Nachkriegszeit. Die Erfahrungen mit der Sprache im Nationalsozialismus hatten einerseits für die Gefahren demagogischen Sprachgebrauchs sensibilisiert. Andererseits stellte sich die Frage nach den Charakteristika eines solchen Sprachgebrauchs. In diesem Zusammenhang sind zwei Werke von nicht zu unterschätzender Bedeutung zu nennen – das *Wörterbuch des Unmenschen* (Sternberger, Storz, & Süskind, 1986) sowie die *Lingua tertii imperii* (LTI) des Romanisten Victor Klemperer (2007). Beide Werke können hier nicht vorgestellt werden<sup>5</sup>. Sie sind für die Politolinguistik insofern von besonderem Interesse, als sich an ihnen eine kontroverse fachliche Debatte entzündete, die

<sup>5</sup> Vgl. für einen Überblick über die sehr umfangreiche Sekundärliteratur Kämper (2020).

mit dazu beitrug, die methodischen Standards der Politolinguistik zu schärfen.<sup>6</sup> Insbesondere dem Wörterbuch des Unmenschen wurde vorgeworfen, eine falsche Auswahl von Wörtern zu kommentieren, da das zentrale Ideologievokabular des Nationalsozialismus – also Wörter wie z.B. *arisch*, *fanatisch*, *Rasse*, *völkisch* – gar nicht berücksichtigt werde. Weiterhin würden isolierte Einzelexeme betrachtet, ohne deren Gebrauchsbedingungen in die Analyse mit einzubeziehen. Auf diese Weise werde eine scheinbar fixe Bedeutung derartiger Ausdrücke konstruiert, die dann „fast nur mit assoziativen Konnotationen und Missbrauchserinnerungen erklärt werden“ (von Polenz, 2005, S. 106). Auch wenn von Polenz später Teile seiner strukturalistisch motivierten Kritik zurücknahm (vgl. S. 103–104), ist der sogenannte Streit über die Sprachkritik nicht folgenlos geblieben. Er hatte nämlich „fruchtbare Folgen, indem etwa die Zahl und Qualität der germanistischen Arbeiten zur Sprache des und im Nationalsozialismus seit dem Streit in den 1960er Jahren deutlich zunahm [...]“ (Mell, 2020, S. 63).

Eine andere Kontroverse, die eng mit der deutschen Geschichte verknüpft ist, sollte sich ebenfalls für die Entwicklung der Politolinguistik als gewinnbringend erweisen. Anhand früherer Analysen zum Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) stellte Walther Dieckmann fest, dass mit den jeweiligen Analysen zwar durchaus Politik, weniger aber Linguistik betrieben werde: „Das methodische Interesse ist – mit wenigen Ausnahmen – nur schwach entwickelt und wird häufig genug vom politischen überdeckt“, schreibt Dieckmann (1967, S. 136) bereits Mitte der 1960er Jahre. Dabei mahnt er an, dass Sprachwissenschaft – auch wenn sie sich mit politischer Sprache beschäftige – nicht dazu geeignet sei, politische Probleme zu lösen:

Die Sprachwissenschaft spricht politisch notwendigerweise eine Sprache der Ohnmacht. Sie weiß keinen Weg zur Wiedervereinigung und kennt kein Mittel, die Auseinanderentwicklung innerhalb der deutschen Sprache bei andauernder politischer Teilung aufzuhalten. So bleibt nur die Klage und die vage Hoffnung, daß die politische Situation sich ändern könne (wie?), daß die Sprache sich selbst helfen werde (wie?), daß die Menschen im Osten der Propaganda widerstehen werden. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, braucht man aber keine Sprachuntersuchungen. Zum politischen Problem der Teilung hat die Sprachwissenschaft nichts zu sagen, was man nicht auch ohne sie wüßte. Ihr Gebiet ist die Sprache[,] und zwar die Sprache, wie sie sich heute bietet (Dieckmann, 1967, S. 165).

Mit dieser Kritik liefert Dieckmann eine Richtschnur für politolinguistische Analysen, die immer noch Gültigkeit für sich beanspruchen kann. Demnach sollte es nicht das Ziel sprachwissenschaftlicher Analysen sein, in das politische

---

<sup>6</sup> Einen Überblick zu dieser Diskussion, die v.a. in den 1960er Jahren geführt wurde, liefert Mell (2020). Ein konziser Rückblick aus Sicht der Linguistik von einem der Protagonisten findet sich bei von Polenz (2005).

Geschehen einzugreifen. Anderenfalls bestünde die ständige Gefahr, bereits die Beschreibung (Deskription) und erst recht die analysierende Erklärung des zu analysierenden Sprachmaterials unzulässigerweise mit den eigenen (nicht transparent gemachten) politischen Zielen zu amalgamieren und auf diese Weise statt Wissenschaft eben doch wieder Politik zu betreiben:

Eine Politisierung der Untersuchung muß aber vom Standpunkt der Wissenschaftlichkeit aus problematisch erscheinen. Man kann nicht die Ideologie wissenschaftlich mit Ideologie bekämpfen. Ein solches Mißverstehen der Dialektik der Ideologie war einer der zentralen Denkfehler des Marxismus-Leninismus. Wissenschaftler sollten ihn nicht wiederholen, denn politische Meinung kann nicht die Basis wissenschaftlicher Forschung sein. Das gilt auch für die Linguistik (Burkhardt, 1996, S. 84).

Vor diesem Hintergrund versteht sich die Politolinguistik als deskriptive Wissenschaft, deren Selbstanspruch darin besteht, politische Sprache bzw. Kommunikation zu beschreiben und zu erklären, ohne sie jedoch einer Wertung zu unterziehen (vgl. Niehr, 2014, S. 18)<sup>7</sup>.

Ab den späten 1970er Jahren wurde die Beschäftigung mit politischer Sprache methodisch immer abgesicherter, indem die Erkenntnisse der linguistischen Pragmatik (z.B. Sprechakttheorie, Konversationsmaximen, Präsuppositionen), der Text- und Medienlinguistik fruchtbar gemacht wurden<sup>8</sup>. Schließlich wurden auch methodische Anregungen aus der linguistischen Diskursanalyse<sup>9</sup> und der sich formierenden Multimodalitätsanalyse<sup>10</sup> aufgenommen, um der Komplexität des zu analysierenden Sprachmaterials gerecht werden zu können.

#### 4. Neuere Entwicklungen

Wichtige Anstöße erhielt die Politolinguistik mit Kleins Studien zu semantischen Kämpfen<sup>11</sup>. Diese Studien, die ab Ende der 1980er Jahre publiziert wurden, nahmen ihren Ausgang von einer Rede des damaligen CDU-Generalsekretärs Kurt Biedenkopf, die er im November 1973 auf einem Bundesparteitag der CDU gehalten hatte. In dieser Rede beklagt Biedenkopf, dass die Linke eine Revolution der Sprache angezettelt habe, indem sie Wortbedeutungen scheinbar beliebig strategisch anpasse. In der zentralen Passage seiner Rede verwendet Biedenkopf dann die berühmt gewordene Metapher vom Begriffe besetzen:

---

<sup>7</sup> Zur Problematisierung dieses Selbstanspruches und zum Streit zwischen deskriptiver Linguistik und sogenannter Kritischer Diskursanalyse vgl. Niehr (2015b).

<sup>8</sup> Vgl. dazu ausführlicher Klein (1998, S. 188–194).

<sup>9</sup> Vgl. den Überblick von Spitzmüller (2017).

<sup>10</sup> Vgl. den Überblick von Michel (2017).

<sup>11</sup> Vgl. die wegweisenden Aufsätze von Klein (1989 und 1991).

Sprache, liebe Freunde, ist nicht nur ein Mittel der Kommunikation. Wie die Auseinandersetzung mit der Linken zeigt, ist Sprache auch ein wichtiges Mittel der Strategie. Was sich heute in unserem Land vollzieht, ist eine Revolution neuer Art. Es ist die Revolution der Gesellschaft durch die Sprache. Die gewaltsame Besetzung der Zitadellen staatlicher Macht ist nicht länger Voraussetzung für eine revolutionäre Umwälzung der staatlichen Ordnung. Revolutionen finden heute auf andere Weise statt. Statt der Gebäude der Regierungen werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert, die Begriffe mit denen wir unsere staatliche Ordnung, unsere Rechte und Pflichten und unsere Institutionen beschreiben. Die moderne Revolution besetzt sie mit Inhalten, die es uns unmöglich machen, in ihr zu leben. [...] Deshalb, meine Freunde, ist die Auseinandersetzung mit der politischen Sprache von so großer Bedeutung. Wir erleben heute eine Revolution, die sich nicht der Besetzung der Produktionsmittel, sondern der Besetzung der Begriffe bedient<sup>12</sup>.

Ausgehend von dieser Rede des „sprachwissenschaftliche[n] Laie[n] Biedenkopf“ (Klein, 1991, S. 49) erarbeitet Klein eine Präzisierung der populären Metapher vom Besetzen der Begriffe, indem er die „Haupttypen des politischen Kampfes um Wörter“ (S. 50) folgendermaßen typologisiert:

1. Begriffsbesetzung – konzeptuell-konzeptionelle Konkurrenz
2. Parteiliches Prädizieren – Bezeichnungskonkurrenz
3. Umdeuten – deskriptive Bedeutungskonkurrenz
4. Umwerten – deontische Bedeutungskonkurrenz
5. Ausbeuten von Assoziationen – Konkurrenz um konnotativen Glanz (S. 51).

Ohne diese Typen des semantischen Kampfes hier im Detail darstellen zu können, ist die linguistisch-zeichentheoretische Präzisierung bereits aus dieser Übersicht ablesbar: Einerseits wird deutlich, dass es sich um konkurrierenden Sprachgebrauch handelt. Andererseits wird durch die verwendeten Handlungsverben die Ebene der Akteur\*innen eingeblendet, es wird deutlich, dass es sich hierbei um „sprachliche[] Operationen mit und an Wörtern“ (S. 49) handelt. Diese reichen von der Begriffsprägung (*Soziale Marktwirtschaft*, *Reichensteuer*, ...) über alternative perspektivische Bezeichnungen (*Großer Lauschangriff* vs. *akustische Raumüberwachung mit richterlicher Genehmigung*) bis hin zur Veränderung der deskriptiven Bedeutung von Wörtern (*Kommunismus bedeutet Gemeinschaftseigentum*) oder ihrer deontischen Bedeutungskomponente („*Ich bin schwul – und das ist auch gut so.*“)<sup>13</sup>.

Mit diesem pragmatisch orientierten Ansatz ist – etwa gegenüber den Analysen im Wörterbuch des Unmenschens – ein wichtiger Schritt der politolinguistischen Theoriebildung getan. Zwar richtet sich dieser Ansatz immer noch auf die Wortebene, jedoch bezieht er das zentrale Moment politischer Sprache,

<sup>12</sup> Die Rede Biedenkopfs wird zitiert nach Klein (1991, S. 46).

<sup>13</sup> Vgl. zu derartigen semantischen Kämpfen ausführlicher Niehr (2014, S. 87–97) sowie Niehr (2011).



nämlich das *Werben um Zustimmungsbereitschaften*, mit in die Konzeption ein. Damit ist eine Richtung eingeschlagen, die die Illusion von einer fixen (eigentlichen, ursprünglichen) Wortbedeutung hinter sich lässt und die diskursive Bedeutungskonstitution hervorhebt. Auf dieser Grundlage konnten in der Folgezeit eine Reihe empirischer Analysen durchgeführt werden, von denen hier exemplarisch „Brisante Wörter“ (Strauß, Haß, & Harras, 1989) und „Kontroverse Begriffe“ (Stötzel & Wengeler, 1995) genannt werden.

Ausgehend von derartigen Analysen, die sich als Diskursanalysen *avant la lettre* lesen lassen<sup>14</sup>, erweiterte sich das Untersuchungsfeld der Politolinguistik mehr und mehr. Neben für die politische Kommunikation wichtigen Textsorten wie etwa Partei- und Wahlprogrammen sowie Wahlplakaten, Plenardebatten, TV-Interviews etc. wurden zunehmend auch ganze Kampagnen und Diskurse in den Blick genommen<sup>15</sup>. Abschließend lässt sich feststellen, dass die politolinguistische Forschung ausgehend von der Analyse der Wortebene ihr Methodenspektrum ständig erweitert hat und mit der Analyse von multimodalen Formaten<sup>16</sup> und Interaktionsformen im Internet<sup>17</sup> zunehmend in der Lage ist, reale politische Kommunikation der Gegenwart einer Analyse zu unterziehen, die der Komplexität des Untersuchungsmaterials gerecht werden kann.

## 5. Themenbereiche

Bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland lassen sich Themenbereiche politischer Kommunikation ausmachen, die sich – abseits von tagesaktuellen Debatten – durch die Kommunikationsgeschichte ziehen. Man kann versuchen, sie durch korpuslinguistische Methoden, mithin quantitativ, zu identifizieren<sup>18</sup>. Eine andere Methode besteht darin, brisante, gesellschaftlich relevante Themen anhand ihrer Umstrittenheit ausfindig zu machen. Denn politische Kommunikation ist zu weiten Teilen Streit bzw. diskursive Auseinandersetzung über die richtige Ausgestaltung des Gemeinwesens.

Als Themen, die sich in dieser Hinsicht als prägend für die politischen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik Deutschland erwiesen haben, lassen sich etwa der weite Bereich der Migrationsdebatten<sup>19</sup> sowie der Debatten um die

---

<sup>14</sup> Eine ausführlichere Darstellung der Konzeption dieser beiden Werke findet sich bei Niehr (2017, S. 155–158) sowie bei Niehr (2020a).

<sup>15</sup> Einen Überblick dazu liefern die einzelnen Kapitel in Niehr, Kilian und Wengeler (2017, Bd. 2).

<sup>16</sup> Vgl. den Überblick bei Michel (2017).

<sup>17</sup> Vgl. Runkehl (2019a, 2019b).

<sup>18</sup> Dass hier allerdings methodische Fallstricke lauern, zeigt die Auseinandersetzung zwischen eher quantitativ und qualitativ-hermeneutisch orientierten Forschungsansätzen; vgl. dazu Niehr (2015a) und Scharloth, Eugster und Bubenhofer (2013).

<sup>19</sup> Vgl. die Forschungsüberblicke bei Niehr und Böke (2010) und Niehr (2020b).

sogenannte Vergangenheitsbewältigung<sup>20</sup> ausmachen. Beide Diskurse waren und sind – mit unterschiedlichen Brisanzphasen – bestimmend für den politischen öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland. In neuerer Zeit kommen Debatten um politisch korrekte und gendergerechte Sprache hinzu. Alle diese Debatten zeigen einerseits die Verflechtung von Politolinguistik und Sprachkritik, andererseits das große Spektrum linguistischer Methoden, die für eine zureichende Analyse politischer Kommunikation nicht nur möglich, sondern nötig sind.

## References

- Burkhardt, A. (1996). Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung. In J. Klein, & H. Diekmannshenke (Eds.), *Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation* (pp. 75–100). Berlin, New York: De Gruyter.
- Dieckmann, W. (1967). Kritische Bemerkungen zum sprachlichen Ost-West-Problem. *Zeitschrift für Deutsche Sprache*, 23(1/2), 136–165.
- Dieckmann, W. (1975). *Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache*. Heidelberg: Winter.
- Dieckmann, W. (2005). Demokratische Sprache im Spiegel ideologischer Sprach(gebrauchs)konzepte. In J. Kilian (Ed.), *Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat* (pp. 11–30). Mannheim: Dudenverlag.
- Duden (2019). *Deutsches Universalwörterbuch*, 9., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage: Berlin: Dudenverlag.
- Efing, Ch. (2017). Varietätenlinguistische Einordnung. In T. Niehr, J. Kilian, & M. Wengeler (Eds.), *Handbuch Sprache und Politik* (Vol. 1, pp. 3–19). Bremen: Hempen.
- Eitz, T., & Stötzel, G. (2007). *Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch*. Hildesheim, Zürich, New York: Olms.
- Eitz, T., & Stötzel, G. (2009). *Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch*. Hildesheim, Zürich, New York: Olms.
- Fluck, H.-R. (1996). *Fachsprachen. Einführung und Bibliographie*. Tübingen: Francke.
- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hermanns, F. (1989). Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In J. Klein (Ed.), *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung* (pp. 69–149). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kämper, H. (2020). Kritik am Sprachgebrauch im Nationalsozialismus: LTI und WdU – Zwei frühe Beispiele für Sprachkritik nach 1945. In T. Niehr, J. Kilian, & J. Schiewe (Eds.), *Handbuch Sprachkritik* (pp. 49–56). Stuttgart: Metzler.
- Klein, J. (1989). Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In J. Klein (Ed.), *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung* (pp. 3–50). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klein, J. (1991). Kann man „Begriffe besetzen?“ In F. Liedtke, M. Wengeler, & K. Böke (Eds.), *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik* (pp. 44–69). Opladen: Westdeutscher Verlag.

<sup>20</sup> Vgl. dazu das umfangreiche Wörterbuch von Eitz und Stötzel (2007, 2009), das eine umfangreiche Belegauswertung umfasst.

- Klein, J. (1998). Politische Kommunikation – Sprachwissenschaftliche Perspektiven. In O. Jarren, U. Sarcinelli, & U. Saxer (Eds.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil* (pp. 186–210). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klemperer, V. (2007/1947). *LTI. Notizbuch eines Philologen*. Stuttgart: Reclam.
- Lübbe, H. (1975). Der Streit um Worte. Sprache und Politik. In G.-K. Kaltenbrunner (Ed.), *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter* (pp. 87–111). Freiburg, Basel, Wien: Herder.
- Mell, R. M. (2020). Wortkritik im „Streit über die Sprachkritik“. In T. Niehr, J. Kilian, & J. Schiewe (Eds.), *Handbuch Sprachkritik* (pp. 57–65). Stuttgart: Metzler.
- Michel, S. (2017). Multimodale Analyse. In T. Niehr, J. Kilian, & M. Wengeler (Eds.), *Handbuch Sprache und Politik* (Vol. 1, pp. 365–386). Bremen: Hempen.
- Niehr, T. (2011). Neoliberalismus oder Kommunismus? Über eine pseudolinguistische Variante der Begriffsbesetzung. *Sprachreport*, 3, 2–7.
- Niehr, T. (2014). *Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden*. Göttingen, Bristol: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Niehr, T. (2015a). Die Universität im öffentlichen Sprachgebrauch. Ein Plädoyer für das Zusammenwirken von quantitativen und qualitativen Methoden der Diskursforschung. In K. S. Roth, J. Spitzmüller, B. Arendt, & J. Kiesendahl (Eds.), *Sprache, Universität, Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Schiewe* (pp. 134–146). Bremen: Hempen.
- Niehr, T. (2015b). Politolinguistik und/oder Sprachkritik? Das Unbehagen in und an der Deskriptivität. *Linguistik online*, 73(4/15), 139–152. DOI: 10.13092/lo.73.2197.
- Niehr, T. (2017). Lexik – funktional. In T. Niehr, J. Kilian, & M. Wengeler (Eds.), *Handbuch Sprache und Politik* (Vol. 1, pp. 149–168). Bremen: Hempen.
- Niehr, T. (2018). Politischer Wortschatz im Spiegel der Zeit. *Muttersprache*, 128(1), 29–40.
- Niehr, T. (2020a). Ansätze einer linguistisch begründeten politisch-soziologischen Wortkritik. In T. Niehr, J. Kilian, & J. Schiewe (Eds.), *Handbuch Sprachkritik* (pp. 88–95). Stuttgart: Metzler.
- Niehr, T. (2020b). Migrationsdiskurs. In T. Niehr, J. Kilian, & J. Schiewe (Eds.), *Handbuch Sprachkritik* (pp. 225–232). Stuttgart: Metzler.
- Niehr, T., & Böke, K. (2010). Diskursanalyse unter linguistischer Perspektive – am Beispiel des Migrationsdiskurses. In R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider, & W. Viehöver (Eds.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Vol. 2. Forschungspraxis* (pp. 359–385). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niehr, T., Kilian, J., & Wengeler, M. (Eds.) (2017). *Handbuch Sprache und Politik*. Bremen: Hempen.
- Runkehl, J. (2019a). Fake News: Konfrontation statt Konsens? *Muttersprache. Vierteljahresschrift für deutsche Sprache*, 129(4), 306–318.
- Runkehl, J. (2019b). Politische Rhetorik und Neue Medien. In A. Burkhardt (Ed.), *Handbuch Politische Rhetorik* (pp. 547–563). Berlin, Boston: De Gruyter.
- Scharloth, J., Eugster, D., & Bubenhofer, N. (2013). Das Wuchern der Rhizome. Linguistische Diskursanalyse und Data-driven Turn. In D. Busse, & W. Teubert (Eds.), *Linguistische Diskursanalyse: neue Perspektiven* (pp. 345–381). Wiesbaden: Springer VS.
- Spitzmüller, J. (2017). Diskursanalyse. In T. Niehr, J. Kilian, & M. Wengeler (Eds.), *Handbuch Sprache und Politik* (Vol. 1, pp. 346–364). Bremen: Hempen.
- Sternberger, D., Storz, G., & Süskind, W. E. (1986/1957). *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Ungekürzte Ausgabe n. d. erw. Ausg. 1967, 3. Aufl. 1968*, Frankfurt am Main, Berlin: Ullstein.
- Stötzl, G., & Wengeler, M. (1995). *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, New York: De Gruyter.
- Strauß, G., Haß, U., & Harras, G. (1989). *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch*. Berlin, New York: De Gruyter.
- Von Polenz, P. (2005). Streit über Sprachkritik in den 1960er Jahren. *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur*, 2, 97–111.

